

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga, Lettland, vom 28. bis 30. August 2016

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)) am 30. August 2016 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeit zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 25. BSPC sowie dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und seiner Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
 - a) dass wesentliche - von der Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“ unter dem Vorsitz seiner Präsidentin Sylvia Bretschneider erarbeitete - Handlungsempfehlungen von der 25. BSPC aufgegriffen worden sind und ihren Niederschlag in der Resolution gefunden haben;
 - b) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat,
 - sein Engagement bei der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM durch seine Präsidentin Sylvia Bretschneider fortzusetzen,
 - sein Engagement im Rahmen maritimer Politiken in der Ostseeregion durch den Abgeordneten Jochen Schulte als Berichterstatter der BSPC für Maritime Politik fortzusetzen.

Der Landtag anerkennt die damit verbundene Auszeichnung und Verpflichtung. Denn Artikel 11 seiner Verfassung verpflichtet das Land zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz zeigen, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen. Vor diesem Hintergrund wird der Landtag die mit seinem Engagement in der BSPC verbundenen Aufgaben weiterhin aktiv wahrnehmen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder
 - a) Zusammenarbeit in der Ostseeregion
 - b) Wettbewerbsfähigkeit in der Ostseeregion durch die Verknüpfung des Bildungswesens mit dem Arbeitsmarkt
 - c) Beschäftigungsmöglichkeiten, Mobilität von Arbeitskräften und Jugendarbeitslosigkeit
 - d) nachhaltiger Tourismusin der Ostseeregion einzusetzen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen sowie den Landtag entsprechend dem Beschluss des 6. Landtages vom 24. September 2015 zu der Drucksache 6/4498 bis zum 31. März 2017 über die Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge zu unterrichten.

Thomas Krüger und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Auf Einladung des lettischen Parlaments versammelten sich vom 28. bis 30. August 2016 über 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer - Mitglieder aller nationalen Parlamente der Ostseeanrainerstaaten und von regionalen Parlamenten sowie parlamentarischen Vereinigungen aus dem Ostseeraum, Minister, Vertreter der Europäischen Kommission sowie BSPC-Beobachter und weitere Gäste zur 25. Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga, Lettland. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde durch seine Zweite Vizepräsidentin Regine Lück, die Abgeordneten Detlef Müller, Dr. André Brie und die Dritte Vizepräsidentin Silke Gajek vertreten. Inhaltliche Tagungsschwerpunkte waren insbesondere Fragen des Arbeitsmarkts in der Ostseeregion sowie der Bildung und Arbeitnehmermobilität. Auch aktuelle Themen wie die Flüchtlingssituation und der Terrorismus wurden beraten. Mit dieser Jahreskonferenz wurde zudem der 25. Jahrestag des Bestehens der Ostseeparlamentarierkonferenz begangen.

Die Landtagsdelegation wirkte aktiv an der Konferenz mit. Ihr ist es gelungen, gemeinsam mit den anderen deutschen Delegationen abgestimmte Handlungsempfehlungen in die Resolution der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen zu lassen. Die Zweite Landtagsvizepräsidentin Regine Lück verwies auf die Erforderlichkeit, den Kinder- und Jugendaustausch auch in der Ostseeregion weiter auszubauen. Die Dritte Landtagsvizepräsidentin Silke Gajek stellte in einer Stellungnahme zur demografischen Entwicklung auf die Ergebnisse der Enquete-Kommission des Landtages ab. Der Abgeordnete Detlef Müller hob die 25-jährige, erfolgreiche Arbeit der Ostseeparlamentarier und die aktive Rolle des Landtages dabei hervor und der Abgeordnete Dr. André Brie initiierte mit einer Stellungnahme zu den Plänen der EU-Kommission, die entsprechende Richtlinie zu überarbeiten, eine intensive Diskussion über die Arbeitnehmerentsenderichtlinie und die zukünftigen Bedingungen für grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die aktive Rolle des Landtages in der Ostseeparlamentarierkonferenz wurde durch die von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zugeleiteten schriftlichen Berichte als Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“ und als Beobachterin der Ostseeparlamentarier bei der zwischenstaatlichen Helsinki-Kommission (HELCOM) unterstrichen. Darüber hinaus legte der Abgeordnete Jochen Schulte einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit als Maritimer Berichterstatter vor.

Die Mandate der Präsidentin Sylvia Bretschneider als HELCOM-Beobachterin der BSPC und des Abgeordneten Jochen Schulte als Maritimer Berichterstatter der BSPC wurden verlängert.

Der Vorsitz der Ostseeparlamentarierkonferenz ging vom lettischen Parlament auf die Hamburgische Bürgerschaft über, welche im kommenden Jahr die 26. Ostseeparlamentarierkonferenz ausrichten wird.

Die wesentlichen inhaltlichen Themenschwerpunkte der Entschließung der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz beziehen sich im Hinblick auf die **Zusammenarbeit in der Region** auf die Beibehaltung der wechselseitigen Zusammenarbeit und die friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten unter Berücksichtigung der bestmöglichen Verfahren. Ferner soll mithilfe weiterer Schritte das gegenseitige Vertrauen und der Dialog in der Ostseeregion wiederhergestellt werden, insbesondere innerhalb des Ostseerates, um dafür zu sorgen, dass das Potenzial der Organisation als Forum für die gesamte multilaterale zwischenstaatliche Zusammenarbeit sowie der politische Dialog in der Ostseeregion möglichst effizient genutzt werden.

Mit den Forderungen und Maßnahmenvorschlägen wendet sich die Konferenz einmal mehr an die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union. So sollen regionale Synergien und der regionale Zusammenhalt mithilfe einer vertieften Zusammenarbeit und des strukturierten Dialogs zwischen den Organisationen und Kooperationsformaten in der Ostseeregion weiter gestärkt werden, die Interaktion zwischen öffentlichem und privatem Sektor als Instrument für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie wirtschaftlich tragfähige Maßnahmen und Projekte zugunsten der Ostseeregion weiter gefördert und unterstützt werden und dabei der Erfolg der Initiative von Sankt Petersburg berücksichtigt und vorangetrieben werden und die noch umfänglichere Nutzung der Pilot-Finanzinitiative des Ostseerates unterstützt werden, sofern die Lage dies zulässt. Außerdem soll auf dem Erfolg der Projektunterstützungsfazilität des Ostseerates als Instrument zur Unterstützung der strategisch wichtigen Projektaktivitäten in der Ostseeregion aufgebaut und dabei insbesondere der freiwillige Beitrag Russlands und Finnlands zur Fazilität für das Jahr 2016 zur Kenntnis genommen und die Möglichkeiten der Fortführung der Finanzierungsfazilität des Ostseerates in Form eines Ostsee-Kooperationsfonds nach 2016 geprüft werden. Zudem fordert die BSPC, HELCOM als wichtigstes Koordinierungsgremium im Hinblick auf die Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt zu stärken und weiterzuentwickeln und die rasche Umsetzung des Aktionsplans gegen Abfälle im Meer sowie die Umsetzung des Fahrplans für die Schaffung eines Überwachungsgebiets für Schwefelemissionen in der Ostsee nachdrücklich zu unterstützen und zu fördern und die Bedeutung des Ostsee-Aktionsplans als einer der Säulen des Umweltschutzes im Rahmen der EU-Strategie für die Ostseeregion herauszustellen.

Ferner sollen gemeinsame Definitionen in Bezug auf den Begriff der nachhaltigen Entwicklung in der gesamten Ostseeregion erörtert und Innovationen im Kontext der grünen und blauen Technologien gefördert sowie ein gemeinsames Internetportal für die Ostseeregion für den Austausch von guten Beispielen im Zusammenhang mit Forschungs-, Bildungs-, und Umweltpraktiken eingerichtet werden. Die Federführung für die Koordinierung der Entwicklung eines neuen Regulierungsrahmens für autonome Schiffe soll mit dem Ziel übernommen werden, der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation Vorschläge zu unterbreiten und Forschungsprojekte, die technologische Entwicklung und Standards im Hinblick auf autonome Schiffe zu unterstützen. Die Zusammenarbeit untereinander soll in den Bereichen fortgeführt werden, in denen beiderseitige Vorteile und Synergien zwischen den jeweiligen regionalen Strategien und Aktionsplänen erzielt werden können. Vor dem Hintergrund der allgemeinen wettbewerblichen Situation in der Tourismuswirtschaft sowie der aktuell angespannten Lage in Europa sollen transnationale Strategien und langfristige Verpflichtungen für die Förderung grenzüberschreitender Ansätze hauptsächlich im Bereich des nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion unterstützt werden.

Auch soll bei der Bewältigung der fortwährenden Herausforderungen im Zusammenhang mit den Flüchtlingen in der Region eng zusammengearbeitet und auch in Zukunft für die menschenwürdige Behandlung dieser Flüchtlinge in den Ländern der Ostseeregion gesorgt und deren Recht auf sicheres Asyl gewährleistet werden. Außerdem soll eine engere Zusammenarbeit gefördert und - soweit erforderlich - den Erklärungen der EU bzw. der VN zur Bekämpfung der illegalen und irregulären Migration gefolgt werden. Auch soll die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Innovation zugunsten einer wettbewerbsfähigeren und nachhaltigeren Region gefördert werden. Zuletzt soll sich stärker mit dem Thema der Sicherung der Prognostizierbarkeit befasst werden, die durch gegenseitige Transparenz und Risikoreduzierungsmaßnahmen gestärkt werden könnte. Dies sei wichtig, um unnötige Risiken und Spannungen zu vermeiden, auch im Hinblick auf die Bewegungen von Militärschiffen und Militärflugzeugen in der Ostseeregion.

In Bezug auf die **Wettbewerbsfähigkeit in der Ostseeregion durch Verknüpfung von Bildung und Arbeitsmarkt** wird seitens der Konferenz gefordert, die Notwendigkeit anzuerkennen, die Bereiche Bildung und Arbeitsmarkt enger miteinander zu verknüpfen und vor diesem Hintergrund die neue europäische Kompetenzagenda zu unterstützen, jungen Menschen eine berufliche Ausbildung und Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer Fertigkeiten zu gewähren, die auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet sind und in Form von allgemein anerkannten formalen Berufsabschlüssen eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg am Arbeitsplatz darstellen. Die Kontakte zwischen Schulen, Universitäten und Unternehmen sollen gestärkt werden, um zu gewährleisten, dass sich die universitäre Bildung und die berufliche Aus- und Weiterbildung eng und konkret am Arbeitsmarkt ausrichten, um Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu erkennen und zu vermeiden. Auf dem Erfolg des EuroFaculty-Programms des Ostseerates als Beispiel für eine langfristige projektbezogene Zusammenarbeit im universitären und wissenschaftlichen Bereich zugunsten der Bewohner der Ostseeregion soll aufgebaut und weitere mögliche Schritte in diesem Programm sollen geprüft werden. Die Weiterentwicklung und Erweiterung der (allgemeinen und spezialisierten) Fertigkeiten und die Beschäftigungsfähigkeit sollen durch Schaffung des Rechts auf lebenslanges Lernen gefördert werden, die Transparenz und Vergleichbarkeit von Qualifikationen verbessert und dadurch die wechselseitige Anerkennung von formalen Abschlüssen weiterentwickelt werden. Ferner soll die Ermittlung des voraussichtlichen Bedarfs an auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Kompetenzen gefördert werden. Auch soll die Notwendigkeit einer Partnerschaft der Nördlichen Dimension in den Bereichen Arbeitsmarkt und Bildung geprüft werden, um den Bildungs- und Arbeitsmarktsektor in der Ostseeregion weiterzuentwickeln. Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen zugunsten eines nachhaltigen Wirtschaftsgebietes in der Ostseeregion und insbesondere der systematische Austausch von Fachkenntnissen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Bildung soll unterstützt werden. Außerdem soll die Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern und staatlichen Organisationen im sozialen Dialog gestärkt werden. Forschungsprojekte und Standardisierungen im Bereich der Internetsicherheit sollen unterstützt und dabei der Schwerpunkt auf den maritimen Kontext und maritime Anwendungen gelegt werden und das Datenmanagement soll gefördert werden mit dem Ziel, ein faires und fruchtbares Umfeld für neue datengesteuerte Dienstleistungen zu schaffen, das die technologische Exzellenz unserer Regionen auf bestmögliche Weise nutzt und die Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze ermöglicht.

Des Weiteren wird gefordert, die Ostseeregion als führende Region des Lernens zu etablieren. Zudem wird eine stärkere Zusammenarbeit „von unten nach oben“ und Vernetzung gefordert, um die Entwicklung und Synergien in Bezug auf die Zusammenarbeit in bestimmten Wissenschafts-Forschungs-, Innovations- und Clusterbereichen voranzutreiben. Zuletzt sollen der kontinuierliche Dialog und die Zusammenarbeit in Wissenschaft, Forschung, Innovation und Hochschulbildung gefördert und dabei die vorhandenen politischen und regionalen Formate und Initiativen genutzt werden.

Im Hinblick auf **Beschäftigungsmöglichkeiten, die Mobilität von Arbeitskräften und Jugendarbeitslosigkeit** fordert die Konferenz, sich für die Schaffung eines gemeinsamen, auf Kooperation beruhenden Arbeitsmarktes in der Ostseeregion einzusetzen, eine gemeinsame Beschäftigungsplattform zu unterstützen und in der Öffentlichkeit verstärkt auf deren Existenz hinzuweisen, um ihr gesamtes Potenzial für die Arbeitskräfte in der Ostseeregion auszuschöpfen. Außerdem sollen nationale Arbeitsvermittlungsstellen und private Arbeitsagenturen einschließlich der Sozialpartner an einen Tisch gebracht werden, um die Chancen für Arbeitssuchende zu erhöhen. Ferner sollen gute Ansätze wie die Jugendgarantie der EU genutzt und weiterentwickelt werden, um nachhaltige und umfassend angelegte Konzepte für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln und den Übergang von der Schule in das Arbeitsleben zu begleiten. Jugendlichen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEETS), sollen mithilfe gezielter Maßnahmen erfolgreich Ausbildungs- und Arbeitsplätze verschafft werden. Die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt soll gefördert werden und dabei bewährte Methoden auf der Grundlage eines koordinierten und individualisierten Ansatzes unter Einbeziehung der Arbeitgeber angewandt werden. Darüber hinaus sollen zu diesem Zweck gute Ansätze wie die Empfehlung des Rats der Europäischen Union für die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt genutzt werden. Des Weiteren soll das Ziel verfolgt werden, sich verstärkt darum zu bemühen, insbesondere Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmer zur Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen zu ermutigen. Auch sollen die Förderung von Fortbildungsmaßnahmen weiterentwickelt und die Bedingungen für die Bereitstellung von Fortbildungsmaßnahmen, die auf den Erwerb von Berufsabschlüssen auch für junge Erwachsene abzielen, verbessert werden.

Die Mobilität insbesondere in Grenzregionen soll gefördert und Informationen für grenzüberschreitende Arbeitnehmer sollen bereitgestellt werden, die unterschiedlichen nationalen Verfahren und Rechtssystemen unterliegen. Auch sollen die grenzüberschreitenden Kapazitäten für Pendler in den Bereichen Bildung und Studium genutzt und in diesem Zusammenhang das grenzüberschreitende Pendeln als Mittel zur Reduzierung der Gefahr der Arbeitslosigkeit betrachtet werden. Die Ressourcen einer alternden Gesellschaft sollen besser genutzt werden. Außerdem fordert die BSPC, die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen zu fördern, um junge Menschen in die Lage zu versetzen, einen Arbeitsplatz zu finden, und Arbeitgebern die Besetzung offener Stellen zu ermöglichen. Zudem soll konsequent und kontinuierlich das Ziel verfolgt werden, die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren und allen jungen Menschen Beschäftigungs- und Lebenschancen zu eröffnen, diesbezüglich finanzielle Mittel der Europäischen Union zu nutzen und die Ergebnisse zu überwachen. Auch soll frühzeitig interveniert werden, um junge Menschen, die den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt vollziehen, über Wege und Möglichkeiten im Hinblick auf die berufliche Entwicklung zu informieren und den erfolgreichen Eintritt in den Arbeitsmarkt zu fördern. Zudem soll sich bemüht werden, faire Löhne zu gewährleisten, und sich in den Fällen, in denen unbefristete Arbeitsverhältnisse möglich sind, für die Reduzierung von Leih- und Zeitarbeit und Werkverträgen einzusetzen.

Flüchtlinge sollen schnellstmöglich ausgebildet und in den Arbeitsmarkt integriert werden und Erfahrungen über Beispiele für bewährte Methoden innerhalb der Ostseeregion ausgetauscht und darüber hinaus die Sozialpartner frühzeitig und umfassend in diese Maßnahmen eingebunden werden. Außerdem soll die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben gefördert und der Grundsatz der Inklusion im Sinne der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden. Zuletzt sollen ihre öffentlichen Arbeitsverwaltungen im Hinblick auf die Förderung der Mobilität der Bürger in der gesamten Ostseeregion unterstützt werden.

Im Hinblick auf **nachhaltigen Tourismus** wird von der Konferenz gefordert, vor dem Hintergrund der einzigartigen Umwelt der Ostsee und der besonderen Gefährdung für viele Lebensräume grenzüberschreitende Strategien zu erarbeiten, um die vorhandenen Konflikte zwischen Tourismus und Meeres- und Küstenschutz zu minimieren. Außerdem soll die Entwicklung des ländlichen Raums und der umweltfreundlichen Agrarproduktion so gestärkt werden, dass die natürliche Landschaft und eine gesunde Umwelt als Voraussetzung für den nachhaltigen Tourismus im ländlichen Raum geschützt und wiederhergestellt werden. Transnationale Strategien sollen unterstützt werden, die die Entwicklung des Tourismus in der Ostseeregion fördern, und die Schaffung von Synergien zwischen Projekten und eine Kommunikationsstrategie für den politischen Bereich des Tourismus sollen einbezogen werden. Außerdem wird gefordert, die bessere Integration aller Ostseeanrainerstaaten in gemeinsamen Projekten und Strategien sowie des privatwirtschaftlichen Sektors zugunsten besserer unmittelbarer wirtschaftlicher Auswirkungen zu gewährleisten. Zudem soll sich für mehr Kohärenz im Hinblick auf die Ansätze für nachhaltigen Tourismus in der Region eingesetzt werden. Die Ostseeregion soll als gemeinsames und kohärentes Tourismusziel etabliert werden, um zur Mobilisierung des gesamten Potenzials des nachhaltigen Tourismus beizutragen. Zudem wird gefordert, sich für ein gemeinsames Verständnis des Begriffs „nachhaltiger Tourismus“ einzusetzen und zu versuchen, eine gemeinsame Vermarktungsstrategie und gemeinsame Markenzeichen zu entwickeln. Ferner soll das Ostsee-Tourismusforum und dessen neu aufgelegtes Projekt einer ständigen Plattform für den Austausch von Informationen und Wissen als Koordinator der Umsetzung der Aktivitäten im Bereich des nachhaltigen Tourismus in der Region unterstützt werden. Insbesondere die Umsetzung des zweiten Aufrufs des Ostsee-Tourismuszentrums soll gefördert werden, finanzielle Unterstützung über das EU-INTERREG-Programm „South Baltic 2014-2020“ zu beantragen, um die Einsetzung einer operativen Dienststelle für die Zusammenarbeit im Bereich des nachhaltigen Tourismus und einer ständigen Plattform für den Austausch von Informationen und Wissen auf transnationaler Ebene, das sogenannte „Ostsee-Tourismuszentrum“, zu verwirklichen. Außerdem sollen die Ziele des politischen Bereichs Tourismus in der EU-Strategie für die Ostseeregion zur Förderung und Stärkung des Ostsee-Tourismusforumsprozesses unterstützt sowie die Abstimmung mit den betreffenden Akteuren im Rahmen gemeinsamer Workshops gefördert werden. Auch soll die Schaffung von Netzwerken und Clustern zwischen den Akteuren im Tourismusbereich gefördert werden. Weiterhin soll das vorhandene, aber nicht genutzte Wissen in der Ostseeregion im Bereich des nachhaltigen Tourismus verstärkt und aktualisiert werden, beispielsweise die Agora-Strategie für die Entwicklung des nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion. Zuletzt wird gefordert, sich für die Generierung langfristiger Effekte und Vorteile einzusetzen, wodurch sich die Akzeptanz in der Öffentlichkeit erhöht.

Die 26. Ostseeparlamentarierkonferenz wird vom 3. bis 5. September 2017 in der Freien und Hansestadt Hamburg stattfinden.

Konferenzablauf der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz, 28. bis 30. August 2016 in Riga

Nach der Eröffnung der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz durch **Jānis Vucāns** (Vorsitzender der BSPC) hob **Raimonds Vējonis** (Präsident der Republik Lettland) die Bedeutung von hochwertiger Bildung und gleichberechtigtem Zugang zum Arbeitsmarkt für die weitere Entwicklung der Ostseeregion hervor. Hochwertige Bildung und Arbeit seien die Zukunft der Region. Er sprach auch über die Sicherheit der Region. Angesichts globaler Veränderungen müssten mehr Anstrengungen unternommen werden, um die regionale Sicherheit zu stärken. Die Entscheidung der NATO, multinationale Bataillons zu entsenden, verstoße nicht gegen internationales Recht. Im Hinblick auf den nachhaltigen Tourismus, betonte Vējonis die Vielfalt und den kulturellen Reichtum der Ostseeregion. Die Kooperation im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz werde die Länder in der Ostseeregion stärken.

Ināra Mūrniece (Sprecherin des Parlamentes der Republik Lettland) sprach über die ursprünglichen Visionen der Ostseeparlamentarierkonferenz. Vor 25 Jahren sei eine friedliche Rückkehr zu Freiheit und Reichtum Ziel gewesen. In diesem Zusammenhang hob sie hervor, dass die Ostseeanrainer gemeinsam stärker seien und die Ostseeparlamentarierkonferenz als gutes Beispiel für andere dienen könne. Angesichts der Konflikte in der Welt würden die Mitglieder der Konferenz mehr denn je zur Knüpfung von Kontakten und Beseitigung von Problemen inspiriert werden. Außerdem betonte sie die Bedeutung von demokratischen Werten und deren Aufrechterhaltung ebenso wie die Notwendigkeit von Bildung für die Wettbewerbsfähigkeit, das Wachstum und den Reichtum in der Region.

Erster Sitzungsabschnitt: Kooperation in der Ostseeregion

Jānis Vucāns (Vorsitzender der BSPC) hob in seinem Bericht über die Arbeit der Ostseeparlamentarier im vergangenen Jahr drei Schwerpunkte besonders hervor. So betonte er, dass die 24. Jahreskonferenz durch einen klaren thematischen Fokus geprägt gewesen sei. Des Weiteren seien die Mitglieder des Standing Committee im April nach Minsk gereist, um Kontakt zu Weißrussland aufzunehmen und Möglichkeiten einer eventuellen Zusammenarbeit zu eruieren. Hinsichtlich eines möglichen Beobachterstatus von Weißrussland in der Ostseeparlamentarierkonferenz solle eine Entscheidung im Jahr 2017 getroffen werden. Ein weiteres wichtiges Thema stelle das veränderte Herantreten an die Regierungen dar. Dieses habe dazu geführt, dass die Antworten der Regierungen auf die Frage nach der Umsetzung der Resolution der 24. BSPC umfassender als bislang ausgefallen seien.

Valdis Dombrovskis (Vize-Präsident der Europäischen Kommission) sprach über die bemerkenswerte Umgestaltung der Ostseeregion in den vergangenen Jahrzehnten sowie über Herausforderungen, welche noch bewältigt werden müssten. Die Wirtschaft in der EU und der Ostseeregion wachse. Herausforderungen seien unter anderem die Probleme der Umwelt, eine alternde Population und die Flüchtlingsströme. Man wolle die Fähigkeiten der Arbeitnehmer verbessern und so sicherstellen, dass die Arbeitslosigkeit sinke und Arbeitgeber freie Stellen mit qualifizierten Arbeitnehmern besetzen könnten. Außerdem werde sich bemüht, Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Michał Czyż (aktueller Vorsitzender des Ostseerates - CBSS, Botschafter der Republik Polen) ging auf die Schwerpunkte der polnischen Präsidentschaft des CBSS ein. Die Prioritäten Polens stellten die Themen Nachhaltigkeit, Kreativität und Sicherheit dar. Es sei an einer neuen Agenda zur nachhaltigen Entwicklung der Ostseeregion gearbeitet worden. Ein weiteres Ziel sei es, Kultur als treibende Kraft für soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu etablieren. Im Hinblick auf das Thema Sicherheit unterstrich er die Notwendigkeit von Kooperation im Zivilschutz als Maßnahme zur Stärkung der Belastbarkeit in der Ostseeregion im Falle von Katastrophen. Insgesamt sei die Ostseeregion mit vielen Herausforderungen konfrontiert, die ein geschlossenes Vorgehen aller CBSS-Staaten erforderten.

Guðmundur Árni Stefánsson (Botschafter der Republik Island, Vorsitzender des Ausschusses Hoher Beamter, CBSS) ging in seinem Vortrag auf die Sicherheit Europas ein. Die Gefahr von Terroranschlägen müsse ernst genommen werden, dies dürfe jedoch nicht dazu führen, dass Angst die Freiheit untergrabe. Die Situation verlange nach der Aufrechterhaltung von Europas Werten: Freiheit, Gleichheit und Demokratie. Des Weiteren hob er die gute 25-jährige Zusammenarbeit zwischen der BSPC und dem CBSS hervor. Beide Institutionen hätten sich als wertvoll erwiesen. Während Islands Vorsitz beim CBSS solle der Fokus auf Kindern, Gleichheit und Demokratie liegen.

Zanda Kalniņa-Lukaševica (Parlamentarische Staatssekretärin des lettischen Außenministeriums) sprach in ihrer Rede über regionale Kooperation und deren Notwendigkeit für die Ostseeregion. Sie sei entscheidend für weitere Entwicklungen und nachhaltiges Wachstum. Auch sie lobte die gute Zusammenarbeit. Die Ostseeregion sei zu einem der intensivsten Kooperationsnetzwerke Europas geworden. So könnten auch schwierige Themen wie die Frage nach Sicherheit gemeinsam erörtert werden.

Carola Veit (Vizepräsidentin der BSPC) trug einen Bericht zum Stand der Umsetzung der Resolution der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz vor. 19 Parlamentsdelegationen hätten die Resolution angenommen. Die Reaktionen der Regierungen auf die Resolution bezögen sich vor allem auf das Thema Gesundheit. So seien die meisten Antworten zu den folgenden vier Themenbereichen eingegangen: frühe Intervention zur Stärkung der öffentlichen Gesundheit, transnationale Notfallversorgung, transnationale Kooperation in der Behandlung von seltenen Krankheiten und Strategien zum Umgang mit dem demographischen Wandel. Große Bedeutung hätten die Regierungen zudem der Forderung nach dem Ausbau von Auffangeinrichtungen für Abwasser in Passagierhäfen beigemessen.

Monika Stankiewicz (HELCOM Generalsekretärin) informierte die Teilnehmer der 25. BSPC über den Zustand der Ostsee. Sie bedankte sich für die Unterstützung vonseiten der BSPC und legte dar, was die HELCOM bislang erreicht habe, beispielsweise die Initiative, die Ostsee als Stickstoffemissionskontrollgebiet ausweisen zu lassen und das Verbot, Abwasser von Passagierschiffen in die Ostsee zu leiten. Sie machte darauf aufmerksam, dass erst 60 Prozent der erforderlichen Maßnahmen umgesetzt worden seien und die Ostsee noch weit davon entfernt sei, in einem guten Umweltzustand zu sein.

Daria Akhutina (Generaldirektorin des Ostsee-Forums und des Netzwerkes der Nicht-regierungsorganisationen) gab einen Einblick in aktuelle Entwicklungen und bestehende Herausforderungen, welche für die weitere Stabilität des Netzwerkes von Bedeutung seien. So seien unter anderem ein besserer Informationsaustausch, Synergien und Koordination wichtig für die Zukunft des Netzwerkes.

Magda Leszczyna-Rzucidlo (Koordinatorin des Netzwerkes der Nichtregierungsorganisationen 2016) sprach über das Treffen des Netzwerkes in Danzig im Juni 2016, dessen Thema „Solidarität als eine neue Dimension in der Kooperation der Ostseeregion“ gewesen sei. Im Mittelpunkt der Diskussionen hätten kulturelle und soziale Innovation, der bürgerliche Sektor und soziale Probleme - eigenverantwortliche Jugend sowie Migrationsprozesse in Europa gestanden. Diese Themen seien im Licht der sozialen Wirtschaft erörtert worden, dem Kernthema der Ostseeregion und Europas. Auch um Jugendarbeitslosigkeit sei es gegangen. Sie unterstrich die Notwendigkeit der Kooperation auf regionaler Ebene.

Maja Gojković (Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation - PABSEC, Sprecherin der Nationalversammlung der Republik Serbien) stellte PABSEC und deren Themenschwerpunkte vor. Im Schwerpunkt sei es beim vergangenen Treffen um die Flüchtlingskrise und den internationalen Terrorismus gegangen. Sie betonte, dass die Kooperation zwischen der BSPC und der PABSEC fortgeführt werde.

Vitaly Busko (Vorsitzender der Kommission für internationale Angelegenheiten der Nationalversammlung Weißrussland) ging in seiner Rede auf Gemeinsamkeiten der Ostseeparlamentarierkonferenz und dessen Mitgliedsstaaten sowie Weißrusslands ein. Er sprach den Wunsch Weißrusslands an, den Beobachterstatus der BSPC zu erhalten und die Kooperation mit dieser, aber auch mit ihren Mitgliedsstaaten fortzuführen und aufzubauen.

Diskussion

Zweiter Sitzungsabschnitt: Die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit in der Ostseeregion durch die Verknüpfung von Bildung und Arbeitsmarkt

Līga Lejiņa (Staatssekretärin im Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Lettland) sprach in ihrer Rede über Probleme auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem. Sie unterstrich die Notwendigkeit der Anpassung des Bildungssystems an zukünftige Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Abschließend drückte sie ihre Hoffnung aus, die gute Kooperation mit den Staaten der Region fortzuführen.

Jadwiga Parada (Leiterin der Abteilung für berufliche und fortdauernde Bildung des Ministeriums für Nationale Bildung, Polen) informierte über ein Modell des polnischen Bildungsministeriums zur Verbesserung der Bildung und deren Verbindung zum Arbeitsmarkt. Dabei gehe es insbesondere um die Vernetzung der beruflichen Bildung mit der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und um die Kooperation mit den Arbeitgebern, die in die berufliche Bildung mit eingebunden werden sollten. Außerdem setzte sie sich damit auseinander, wie die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes definiert werden könnten und welche Werkzeuge verwendet werden sollten, um Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt vorherzusehen, sodass die gesammelten Daten für das Bildungssystem nützlich sein könnten.

Poul Nielson (ehemaliger EU-Kommissar und dänisches Kabinettsmitglied, Autor des strategischen Berichtes über den nordischen Arbeitsmarkt) sprach über das Arbeitsleben in Skandinavien, insbesondere über aktuelle Herausforderungen und machte Vorschläge zur Verbesserung der Situation. Dabei ging er insbesondere auf die Themenfelder Migrationsdruck, Geschlechtergleichstellung, Bildung und Ausbildung sowie auf das Arbeitsumfeld ein.

Jan Guz (Präsident des gesamtpolnischen Gewerkschaftsverbands OPZZ, Co-Präsident des Netzwerks der Gewerkschaften im Ostseeraum) ging ebenfalls auf Probleme und Möglichkeiten auf dem europäischen Arbeitsmarkt ein. Er betonte die Wichtigkeit des Erfahrungsaustausches, vor allem bei unterschiedlich fortgeschrittenen Entwicklungen. Auch hob er hervor, dass eine gute Zusammenarbeit Vorteile für die Region bringe.

Dr. Martin Sauer (Ostseearbeitsforum) stellte das Ostseearbeitsforum (Baltic Sea Labour Forum) vor und ging dabei insbesondere auf die Aufgaben und Ziele des Forums ein. Er forderte den CBSS dazu auf, die Entwicklung nationaler sozialer Partnerschaften zu stärken und den sozialen Dialog durch die Finanzierung einer permanenten Stelle im Büro in Stockholm zu unterstützen.

Vatanyar Yagiya (Professor an der Staatlichen Universität Sankt Petersburg, Berater des Vorsitzenden der gesetzgebenden Versammlung Sankt Petersburgs) ging auf die Bildung in der Ostseeregion ein. Die Region weise eine hohe Qualität in der Lehre auf. Des Weiteren zählte er Beispiele für die gute Zusammenarbeit zwischen den Staaten und deren Universitäten auf.

Diskussion

Feierlicher Sitzungsabschnitt zu Ehren des 25. Jahrestages der Ostseeparlamentarierkonferenz: Parlamentarische Ostseekooperation - gestern, heute, morgen

Trivimi Velliste (ehemaliger Präsident der Baltischen Versammlung, ehemaliges Mitglied des Standing Committee der BSPC, Estland) gratulierte in seiner Rede allen Mitgliedern der BSPC zu deren 25-jährigen Bestehen. Er sprach über die Anfänge und die Entwicklung der Konferenz. Die Ostseeparlamentarierkonferenz sei eine Voraussetzung für den Dialog in der Ostseeregion und nur möglich aufgrund der Beendigung des kalten Krieges. Er unterstrich die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der wesentlichen Ziele der BSPC und forderte, die Zusammenarbeit mit dem CBSS auszubauen.

Franz Thönnies (Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages) referierte über die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft der Ostseeparlamentarierkonferenz. Dabei ging er auf ihre Entstehung und das erste Treffen im Jahr 1991 ein sowie auf die Hauptziele, die bei der zweiten Ostseeparlamentarierkonferenz in Oslo formuliert worden seien. Die BSPC hätte viel erreicht. Dieser Erfolgskurs sollte beibehalten werden. Für die weitere Arbeit der BSPC sehe Thönnies große Herausforderungen, aber auch Chancen. Vor allem das Problem des internationalen Terrorismus müsse in Angriff genommen werden. Schließlich verdeutlichte er die Notwendigkeit, weiterzumachen, um eine bessere Zukunft zu formen und hob hervor, dass die Ziele nur gemeinsam erreicht werden könnten.

Anna Abrahamsson (Präsidentin des Nordischen Jugendrates) betonte in ihrer Rede die Bedeutung von gegenseitigem Verständnis und dem Finden von Lösungen für gemeinsame Probleme und hob einige Kernthemen hervor. Zum einen seien Bildung und sinnvolle Beschäftigungen für die Jugend hochaktuelle Themen. Es sei eine wichtige Aufgabe für die Zukunft, Unsicherheiten zu überbrücken und mehr Möglichkeiten für alle Mitglieder der Gesellschaft zu bieten. Zum anderen müsse mehr auf die Umwelt geachtet werden. Der Schutz der Natur sei eine Pflicht gegenüber zukünftigen Generationen. Des Weiteren ging sie auf die demokratische Beteiligung der Jugend ein. Diese müsse mehr zur aktiven Beteiligung ermutigt werden.

Diskussion

Dritter Sitzungsabschnitt: Beschäftigungsmöglichkeiten realisieren - Mobilität von Arbeitskräften verbessern und Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Jānis Reirs (Sozialminister der Republik Lettland) sprach über Arbeitskräftemobilität und Arbeitslosigkeit. Die Verknüpfung von Bildung und Arbeitsmarkt, Mobilität von Arbeitskräften und Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit seien für die Ostseeregion als Ganzes wichtig. Er beschrieb Lettlands gute grenzüberschreitende Kooperation sowie bestehende Herausforderungen wie fehlende Arbeitskräfte auf der einen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Er betonte den Gewinn für die Politik, wenn Erfahrungen miteinander geteilt und voneinander gelernt werden könne.

Algimanta Pabedinskienė (Ministerin für Soziale Sicherheit und Arbeit der Republik Litauen) ging in ihrer Rede auf die Vor- und Nachteile von Migration ein. Eine breite Bildung, Investitionen und interkulturelles Leben beeinflussten die Entwicklung eines Landes und verbesserten die dortigen Lebensbedingungen. Die schrumpfende Bevölkerung stelle ein Problem für Litauen dar. Die hohe Emigrationsrate habe eine Verminderung des intellektuellen Potenzials und der Arbeitskräfte zur Folge. Litauens Emigrationsrate sei eine der höchsten in Europa. Des Weiteren erklärte sie, welche Maßnahmen in Litauen gegen Jugendarbeitslosigkeit ergriffen würden und betonte, dass weitere Verbesserungen erforderlich seien, damit Litauen in einer sich verändernden Welt mithalten könne.

Thor Kleppen Sættem (Staatssekretär des Ministeriums für Arbeit und Soziale Angelegenheiten, Norwegen) berichtete über Jugendarbeitslosigkeit in Norwegen. Außerdem stellte er Strategien zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit vor. Lohnzuschüsse und Programme zur Ausbildung am Arbeitsplatz hätten die meisten positiven Effekte aller Strategien zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit aufgewiesen. Die Ergebnisse der Jugendgarantie seien nur gering oder jedenfalls kaum nachzuweisen. Auch gebe es große Abweichungen bei den diesbezüglich dokumentierten Ergebnissen.

Egle Käärats (Stellvertretende Landesgeneralsekretärin für Arbeit und Arbeitsmarktpolitik, Estland) sprach über Probleme und Lösungsansätze auf dem Estnischen Arbeitsmarkt. Die Emigrationsrate sei hoch, die Immigrationsrate dagegen niedrig. Zudem sei die Arbeitslosigkeit hoch, während es in einigen Bereichen nicht genügend Arbeitskräfte gäbe. Um dem entgegenzuwirken würden verschiedene Initiativen umgesetzt.

Diskussion

Beiträge vonseiten der BSPC Arbeitsgruppe und der Berichterstatter

Sara Kemetter (Stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Sustainable Tourism“) präsentierte den Midway Report der Arbeitsgruppe „Sustainable Tourism“. Sie stellte die strategische Ausrichtung der Arbeitsgruppe, deren Schwerpunkte sowie die Arbeitsweise vor. Außerdem sprach sie über die vergangenen Sitzungen der Arbeitsgruppe. Es sei versucht worden, eine Balance zwischen einem umfassenden Ansatz und spezifischen gut umzusetzenden Zielen zu finden. Im Ergebnis hätten sich die Parlamentarier auf eine stringenter und fokussierte Version geeinigt und die zuvor 13 Prioritäten auf 9 gekürzt.

Sonja Mandt (BSPC Berichterstatterin für kulturelle Angelegenheiten) stellte ihren ersten Bericht zum Thema „kulturelle Angelegenheiten“ vor. In diesem fokussierte sie sich auf Küstenkultur und maritimes Erbe in der Ostseeregion einschließlich Unterwassererbes. Ein Hauptproblem sei, dass es kein Kulturerbe-gesetz in den Wirtschaftszonen der Ostsee gebe. Die BSPC sollte die Initiative ergreifen und auf ein solches Gesetz hinarbeiten. Sie ging darüber hinaus in ihrem Vortrag auf weitere Herausforderungen und Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Küstenkultur und des maritimen Erbes ein.

Jörgen Pettersson (Maritimer Berichterstatter der BSPC, Åland) stellte den Bericht der Maritimen Berichterstatter der BSPC im Berichtszeitraum 2015-2016 zu den Entwicklungen in der Integrierten Meerespolitik vor. Er ging insbesondere auf die positiven Entwicklungen sowie Herausforderungen im internationalen Schiffsverkehr ein. Die Standards und Technologien müssten vor allem im Hinblick auf autonome Schiffe verbessert werden, die in Zukunft eine wichtige Rolle spielen würden.

Abschließende Sitzung der Ostseeparlamentarierkonferenz

Nach Annahme der geänderten Geschäftsordnung der BSPC, des Arbeitsprogramms für das Jahr 2016/2017 und der Konferenzresolution übergab **Jānis Vucāns** (Vorsitzender der BSPC) den Vorsitz der Ostseeparlamentarierkonferenz an die Hamburger Bürgerschaft und überreichte den Vorsitzenden-Hammer an **Carola Veit**. Die neue Vorsitzende lud zur 26. Ostseeparlamentarierkonferenz im September 2017 in Hamburg ein.

Für weitergehende Informationen zur 25. Ostseeparlamentarierkonferenz wird auf die neu gestaltete Website der BSPC verwiesen, auf der die zur Verfügung gestellten Vorträge zur Konferenz veröffentlicht wurden.



Konferenz-Resolution

Angenommen durch die 25. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion*, die vom 28. bis 30. August 2016 in Riga (Lettland) zusammengekommen sind,

angesichts einer Vielzahl von Anschlägen durch den internationalen Terrorismus, die sich seit der letzten Ostseeparlamentarierkonferenz im August 2015 in Rostock ereignet haben,

- verurteilen den Terrorismus in all seinen Formen als gemeinsame Bedrohung für unsere Bürger und unsere gemeinsamen Werte;
- beklagen den Tod unschuldiger Menschen und äußern ihr Mitgefühl und ihre Solidarität gegenüber den Opfern aller Terroranschläge sowie ihren Angehörigen und all denjenigen, die unter diesen unmenschlichen Anschlägen zu leiden hatten;
- bringen die dringende Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen diese große Bedrohung für unsere Gesellschaft und für die Aufrechterhaltung unserer demokratischen Werte zum Ausdruck und stellen gleichzeitig heraus, dass dieser Kampf unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Bürger- und Menschenrechte geführt werden muss;
- in Erörterung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion durch Verknüpfung von Bildung und Arbeitsmarkt, Beschäftigungsmöglichkeiten, Arbeitskraftmobilität und Jugendarbeitslosigkeit sowie des nachhaltigen Tourismus;
- vor dem Hintergrund des 25. Jahrestages des Bestehens der Ostseeparlamentarierkonferenz und der Anerkennung des Vorbildcharakters der Ostseeparlamentarierkonferenz als Plattform für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der Region vor dem Hintergrund des aktuellen politischen Klimas;
- in dem Bekenntnis zur Nutzung der Erfahrungen der Vergangenheit für die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft, damit die Integration der Ostseeregion voranschreitet und gleichzeitig regionale Identitäten bewahrt werden;

- in der Überzeugung, dass die Achtung der Rechte von Minderheiten allen Regionen im Ostseeraum zugutekommt;
- unter Begrüßung der Tatsache, dass die Entschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz nach und nach in immer umfassenderer Weise umgesetzt worden sind;
- unter Bekräftigung der Bedeutung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, die den Menschen, dem Schutz des Planeten, Wohlstand im Einklang mit der Natur, Frieden und Partnerschaft gewidmet ist, und in der Überzeugung, dass es notwendig ist, die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen, insbesondere Ziel 14, das die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung vorsieht;
- unter Begrüßung der „Erklärung von Warschau: Regionale Reaktionen auf globale Herausforderungen“, die bei dem Treffen der stellvertretenden Außenminister des Ostseerates (CBSS) am 8. Juni 2016 in Warschau verabschiedet wurde;
- unter Begrüßung der Annahme der Erklärung „Ostsee 2030: Erneuerung des Bekenntnisses zur nachhaltigen Entwicklung in der Ostseeregion“, die am 6. Juni 2016 von den hohen Vertretern der Regierungsinstitutionen des Ostseerates verabschiedet wurde;
- unter Begrüßung der Annahme der Schlussfolgerungen des Vorsitzes der Konferenz der Wissenschaftsminister des Ostseerates mit dem Titel „Baltic Science: Renewing the Commitment to Science/Research Joint Actions in the Baltic Sea Region“ [„Wissenschaft im Ostseeraum: die Erneuerung des Bekenntnisses zu gemeinsamen Maßnahmen in Wissenschaft und Forschung in der Ostseeregion“] am 16. Juni 2016 in Krakau;
- unter Begrüßung der Entscheidung der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO), dass das Sondergebiet für die Einleitung von Abwasser aus Fahrgastschiffen nach Anhang IV des MARPOL-Übereinkommens für die bei der IMO registrierten Fahrgastschiffe entsprechend den früheren Entschlüssen der Ostseeparlamentarierkonferenz spätestens 2021 in Kraft treten wird;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

Im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die wechselseitige Zusammenarbeit und die friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten zu begrüßen und dabei die bestmöglichen Verfahren in der Ostseeregion zu berücksichtigen;

2. mithilfe weiterer Schritte das gegenseitige Vertrauen und den Dialog in der Ostseeregion wiederherzustellen, insbesondere innerhalb des Ostseerates, um dafür zu sorgen, dass das Potenzial der Organisation als Forum für die gesamte multilaterale zwischenstaatliche Zusammenarbeit sowie der politische Dialog in der Ostseeregion möglichst effizient genutzt werden;
3. regionale Synergien und den regionalen Zusammenhalt mithilfe einer vertieften Zusammenarbeit und des strukturierten Dialogs zwischen den Organisationen und Kooperationsformaten in der Ostseeregion weiter zu stärken;
4. die Interaktion zwischen öffentlichem und privatem Sektor als Instrument für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie wirtschaftlich tragfähige Maßnahmen und Projekte zugunsten der Ostseeregion weiter zu fördern und zu unterstützen und dabei den Erfolg der Initiative von St. Petersburg zu berücksichtigen und voranzutreiben und die noch umfänglichere Nutzung der Pilot-Finanzinitiative des Ostseerates zu unterstützen, sofern die Lage dies zulässt;
5. auf dem Erfolg der Projektunterstützungsfazilität des Ostseerates als Instrument zur Unterstützung der strategisch wichtigen Projektaktivitäten in der Ostseeregion aufzubauen und dabei insbesondere den freiwilligen Beitrag Russlands und Finnlands zur Fazilität für das Jahr 2016 zur Kenntnis zu nehmen und die Möglichkeiten der Fortführung der Finanzierungsfazilität des Ostseerates in Form eines Ostsee-Kooperationsfonds nach 2016 zu prüfen;
6. HELCOM als wichtigstes Koordinierungsgremium im Hinblick auf die Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt zu stärken und weiterzuentwickeln und die rasche Umsetzung des Aktionsplans gegen Abfälle im Meer sowie die Umsetzung des Fahrplans für die Schaffung eines Überwachungsgebiets für Emissionen von Stickoxiden (NO_x Emissionen) in der Ostsee nachdrücklich zu unterstützen und zu fördern und die Bedeutung des Ostsee-Aktionsplans als einer der Säulen des Umweltschutzes im Rahmen der EU-Strategie für die Ostseeregion herauszustellen;
7. gemeinsame Definitionen in Bezug auf den Begriff der nachhaltigen Entwicklung in der gesamten Ostseeregion zu erörtern und Innovationen im Kontext der grünen und blauen Technologien zu fördern sowie ein gemeinsames Internetportal für die Ostseeregion für den Austausch von guten Beispielen im Zusammenhang mit Forschungs-, Bildungs-, und Umweltpraktiken einzurichten;
8. die Federführung für die Koordinierung der Entwicklung eines neuen Regulierungsrahmens für autonome Schiffe mit dem Ziel zu übernehmen, der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation Vorschläge zu unterbreiten und Forschungsprojekte, die technologische Entwicklung und Standards im Hinblick auf autonome Schiffe zu unterstützen;
9. die Zusammenarbeit untereinander in den Bereichen fortzuführen, in denen beiderseitige Vorteile und Synergien zwischen den jeweiligen regionalen Strategien und Aktionsplänen erzielt werden können;

10. vor dem Hintergrund der allgemeinen wettbewerblichen Situation in der Tourismuswirtschaft sowie der aktuell angespannten Lage in Europa transnationale Strategien und langfristige Verpflichtungen für die Förderung grenzüberschreitender Ansätze hauptsächlich im Bereich des nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion zu unterstützen;
11. bei der Bewältigung der fortwährenden Herausforderungen im Zusammenhang mit den Flüchtlingen in der Region eng zusammenzuarbeiten und auch in Zukunft für die menschenwürdige Behandlung dieser Flüchtlinge in den Ländern der Ostseeregion zu sorgen und deren Recht auf sicheres Asyl zu gewährleisten;
12. eine engere Zusammenarbeit zu fördern und - soweit erforderlich - den Erklärungen der EU bzw. der VN zur Bekämpfung der illegalen und irregulären Migration zu folgen;
13. die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Innovation zugunsten einer wettbewerbsfähigeren und nachhaltigeren Region zu fördern;
14. sich stärker mit dem Thema der Sicherung der Prognostizierbarkeit zu befassen, die durch gegenseitige Transparenz und Risikoreduzierungsmaßnahmen gestärkt werden könnte. Dies ist wichtig, um unnötige Risiken und Spannungen zu vermeiden, auch im Hinblick auf die Bewegungen von Militärschiffen und Militärflugzeugen in der Ostseeregion;

im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit in der Ostseeregion durch Verknüpfung von Bildung und Arbeitsmarkt

15. die Notwendigkeit anzuerkennen, die Bereiche Bildung und Arbeitsmarkt enger miteinander zu verknüpfen;
16. vor diesem Hintergrund die neue europäische Kompetenzagenda zu unterstützen;
17. jungen Menschen eine berufliche Ausbildung und Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer Fertigkeiten zu gewähren, die auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet sind und in Form von allgemein anerkannten formalen Berufsabschlüssen eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg am Arbeitsplatz darstellen;
18. die Kontakte zwischen Schulen, Universitäten und Unternehmen zu stärken, um zu gewährleisten, dass sich die universitäre Bildung und die berufliche Aus- und Weiterbildung eng und konkret am Arbeitsmarkt ausrichten, und Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu erkennen und zu vermeiden;
19. auf dem Erfolg des EuroFaculty-Programms des Ostseerates als Beispiels für eine langfristige projektbezogene Zusammenarbeit im universitären und wissenschaftlichen Bereich zugunsten der Bewohner der Ostseeregion aufzubauen und weitere mögliche Schritte in diesem Programm zu prüfen;

20. die Weiterentwicklung und Erweiterung der (allgemeinen und spezialisierten) Fertigkeiten und die Beschäftigungsfähigkeit durch Schaffung des Rechts auf lebenslanges Lernen zu fördern;
21. die Transparenz und Vergleichbarkeit von Qualifikationen zu verbessern und dadurch die wechselseitige Anerkennung von formalen Abschlüssen weiterzuentwickeln;
22. die Ermittlung des voraussichtlichen Bedarfs an auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Kompetenzen zu fördern;
23. die Notwendigkeit einer Partnerschaft der Nördlichen Dimension in den Bereichen Arbeitsmarkt und Bildung zu prüfen, um den Bildungs- und Arbeitsmarktsektor in der Ostseeregion weiterzuentwickeln;
24. die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen zugunsten eines nachhaltigen Wirtschaftsgebietes in der Ostseeregion und insbesondere den systematischen Austausch von Fachkenntnissen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Bildung zu unterstützen;
25. die Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern und staatlichen Organisationen im sozialen Dialog zu stärken;
26. Forschungsprojekte und Standardisierungen im Bereich der Internetsicherheit zu unterstützen und dabei den Schwerpunkt auf den maritimen Kontext und maritime Anwendungen zu legen und das Datenmanagement zu fördern mit dem Ziel, ein faires und fruchtbares Umfeld für neue datengesteuerte Dienstleistungen zu schaffen, das die technologische Exzellenz unserer Regionen auf bestmögliche Weise nutzt und die Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze ermöglicht;
27. die Ostseeregion als führende Region des Lernens zu etablieren;
28. eine stärkere Zusammenarbeit „von unten nach oben“ und Vernetzung zu fordern, um die Entwicklung und Synergien in Bezug auf die Zusammenarbeit in bestimmten Wissenschafts-Forschungs-, Innovations- und Clusterbereichen voranzutreiben;
29. den kontinuierlichen Dialog und die Zusammenarbeit in Wissenschaft, Forschung, Innovation und Hochschulbildung zu fördern und dabei die vorhandenen politischen und regionalen Formate und Initiativen zu nutzen;

im Hinblick auf Beschäftigungsmöglichkeiten, die Mobilität von Arbeitskräften und Jugendarbeitslosigkeit

30. sich für die Schaffung eines gemeinsamen, auf Kooperation beruhenden Arbeitsmarktes in der Ostseeregion einzusetzen;

31. eine gemeinsame Beschäftigungsplattform zu unterstützen und in der Öffentlichkeit verstärkt auf deren Existenz hinzuweisen, um ihr gesamtes Potenzial für die Arbeitskräfte in der Ostseeregion auszuschöpfen;
32. nationale Arbeitsvermittlungsstellen und private Arbeitsagenturen einschließlich der Sozialpartner an einen Tisch zu bringen, um die Chancen für Arbeitssuchende zu erhöhen;
33. gute Ansätze wie die Jugendgarantie der EU zu nutzen und weiterzuentwickeln, um nachhaltige und umfassend angelegte Konzepte für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln und den Übergang von der Schule in das Arbeitsleben zu begleiten;
34. Jugendlichen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEETS), mithilfe gezielter Maßnahmen erfolgreich Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu verschaffen;
35. die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu fördern und dabei bewährte Methoden auf der Grundlage eines koordinierten und individualisierten Ansatzes unter Einbeziehung der Arbeitgeber anzuwenden;
36. darüber hinaus zu diesem Zweck gute Ansätze wie die Empfehlung des Rats der Europäischen Union für die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu nutzen;
37. das Ziel zu verfolgen, sich verstärkt darum zu bemühen, insbesondere Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmer zur Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen zu ermutigen;
38. die Förderung von Fortbildungsmaßnahmen weiterzuentwickeln und die Bedingungen für die Bereitstellung von Fortbildungsmaßnahmen, die auf den Erwerb von Berufsabschlüssen auch für junge Erwachsene abzielen, zu verbessern;
39. die Mobilität insbesondere in Grenzregionen zu fördern und Informationen für grenzüberschreitende Arbeitnehmer bereitzustellen, die unterschiedlichen nationalen Verfahren und Rechtssystemen unterliegen;
40. die grenzüberschreitenden Kapazitäten für Pendler in den Bereichen Bildung und Studium zu nutzen und in diesem Zusammenhang das grenzüberschreitende Pendeln als Mittel zur Reduzierung der Gefahr der Arbeitslosigkeit zu betrachten;
41. die Ressourcen einer alternden Gesellschaft besser zu nutzen;
42. die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen zu fördern, um junge Menschen in die Lage zu versetzen, einen Arbeitsplatz zu finden, und Arbeitgebern die Besetzung offener Stellen zu ermöglichen;

43. konsequent und kontinuierlich das Ziel zu verfolgen, die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren und allen jungen Menschen Beschäftigungs- und Lebenschancen zu eröffnen, diesbezüglich finanzielle Mittel der Europäischen Union zu nutzen und die Ergebnisse zu überwachen;
44. frühzeitig zu intervenieren, um junge Menschen, die den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt vollziehen, über Wege und Möglichkeiten im Hinblick auf die berufliche Entwicklung zu informieren und den erfolgreichen Eintritt in den Arbeitsmarkt zu fördern;
45. sich zu bemühen, faire Löhne zu gewährleisten, und sich in den Fällen, in denen unbefristete Arbeitsverhältnisse möglich sind, für die Reduzierung von Leih- und Zeitarbeit und Werkverträgen einzusetzen;
46. Flüchtlinge schnellstmöglich auszubilden und in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Erfahrungen über Beispiele für bewährte Methoden innerhalb der Ostseeregion auszutauschen und darüber hinaus die Sozialpartner frühzeitig und umfassend in diese Maßnahmen einzubinden;
47. die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben zu fördern und den Grundsatz der Inklusion im Sinne der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen;
48. ihre öffentlichen Arbeitsverwaltungen im Hinblick auf die Förderung der Mobilität der Bürger in der gesamten Ostseeregion zu unterstützen;

im Hinblick auf nachhaltigen Tourismus

49. vor dem Hintergrund der einzigartigen Umwelt der Ostsee und der besonderen Gefährdung für viele Lebensräume grenzüberschreitende Strategien zu erarbeiten, um die vorhandenen Konflikte zwischen Tourismus und Meeres- und Küstenschutz zu minimieren;
50. die Entwicklung des ländlichen Raums und der umweltfreundlichen Agrarproduktion so zu stärken, dass die natürliche Landschaft und eine gesunde Umwelt als Voraussetzung für den nachhaltigen Tourismus im ländlichen Raum geschützt und wiederhergestellt werden;
51. transnationale Strategien zu unterstützen, die die Entwicklung des Tourismus in der Ostseeregion fördern, und die Schaffung von Synergien zwischen Projekten und eine Kommunikationsstrategie für den politischen Bereich des Tourismus einzubeziehen;
52. die bessere Integration aller Ostseeanrainerstaaten in gemeinsamen Projekten und Strategien sowie des privatwirtschaftlichen Sektors zugunsten besserer unmittelbarer wirtschaftlicher Auswirkungen zu gewährleisten;
53. sich für mehr Kohärenz im Hinblick auf die Ansätze für nachhaltigen Tourismus in der Region einzusetzen;

54. die Ostseeregion als gemeinsames und kohärentes Tourismusziel zu etablieren, um zur Mobilisierung des gesamten Potenzials des nachhaltigen Tourismus beizutragen;
55. sich für ein gemeinsames Verständnis des Begriffs „nachhaltiger Tourismus“ einzusetzen und zu versuchen, eine gemeinsame Vermarktungsstrategie und gemeinsame Markenzeichen zu entwickeln;
56. das Ostsee-Tourismusforum und dessen neu aufgelegtes Projekt einer ständigen Plattform für den Austausch von Informationen und Wissen - des Ostsee-Tourismuszentrums - als Koordinator der Umsetzung der Aktivitäten im Bereich des nachhaltigen Tourismus in der Region zu unterstützen;
57. insbesondere die Umsetzung des zweiten Aufrufs des Ostsee-Tourismuszentrums zu fördern, finanzielle Unterstützung über das EU-INTERREG-Programm „South Baltic 2014-2020“ zu beantragen, um die Einsetzung einer operativen Dienststelle für die Zusammenarbeit im Bereich des nachhaltigen Tourismus und einer ständigen Plattform für den Austausch von Informationen und Wissen auf transnationaler Ebene, das sogenannte „Ostsee-Tourismuszentrum“, zu verwirklichen;
58. die Ziele des politischen Bereichs Tourismus in der EU-Strategie für die Ostseeregion zur Förderung und Stärkung des Ostsee-Tourismusforumsprozesses zu unterstützen sowie die Abstimmung mit den betreffenden Akteuren im Rahmen gemeinsamer Workshops zu fördern;
59. die Schaffung von Netzwerken und Clustern zwischen den Akteuren im Tourismusbereich zu fördern;
60. das vorhandene, aber nicht genutzte Wissen in der Ostseeregion im Bereich des nachhaltigen Tourismus zu verstärken und zu aktualisieren, beispielsweise die Agora-Strategie für die Entwicklung des nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion;
61. sich für die Generierung langfristiger Effekte und Vorteile einzusetzen, wodurch sich die Akzeptanz in der Öffentlichkeit erhöht;

Ferner beschließt die Konferenz,

62. dankbar das freundliche Angebot der Hamburgischen Bürgerschaft zu begrüßen, vom 3. bis 5. September 2017 in der Freien und Hansestadt Hamburg die 26. Ostseeparlamentarierkonferenz auszurichten.

*Parlamente und parlamentarische Institutionen:

Baltische Versammlung,
Freie Hansestadt Bremen,
Dänemark,
Estland,
Europäisches Parlament,
Bundesrepublik Deutschland,
Finnland,
Freie und Hansestadt Hamburg,
Island,
Region Kaliningrad,
Lettland,
Litauen,
Mecklenburg-Vorpommern,
Nordischer Rat,
Norwegen,
Polen,
Stadt St. Petersburg,
Föderationsrat der Bundesversammlung der Russischen Föderation,
Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation,
Schleswig-Holstein,
Schweden,
Åland-Inseln.